

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.7.1927 (No. 168)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Vorsprecher:
Nr. 253
und 254
Postkonten
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einm. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verteilung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Waffensperre, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anker keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Deutschlandbelegblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Landtag von 1926/27

Von A. Weismann, M. d. L.

Am vorletzten Sitzungstage, am 19. Juli, trug der Landtagspräsident Dr. Baumgartner im Plenum seine Reformvorschlüsse vor, die Arbeitsweise des Landtags anders zu gestalten. Es soll künftig nur in drei Zeitabschnitten getagt werden, damit die Abgeordneten leichter ihrem bürgerlichen Berufe nachgehen können und nicht ständig gewötigt sein müssen, zu Sitzungen der Ausschüsse und des Plenums berufen zu werden. Damit war das Haus — bis auf die Kommunisten — einverstanden.

Als eine Reform des vielbesprochenen und kritisierten Parlamentarismus. Vier Wochen vorher, in drei öffentlichen Sitzungen, verabschiedete der Landtag die Reform des badischen Landtagswahlrechts, welche bekanntlich erst im Jahre 1929 wirksam wird. Betrachtet man somit die Arbeiten des verlassenen Landtags vom Standpunkt der Reformierung der gesamten parlamentarischen Tätigkeit und der Voraussetzungen, unter welchen künftig das badische Parlament gewählt wird, dann hat sicher der verlassene Landtag ein gutes Werk vollbracht. Er darf dies ohne Ruhmredigkeit von sich behaupten, denn der deutsche Reichstag geht nur zögernd, und wahrscheinlich vor den Reichstagswahlen des Jahres 1928 überhaupt nicht mehr, an die Reformierung des Reichstagswahlrechts heran. So hat der Landtag von 1926/27 sich immerhin einen Namen in der Geschichte des badischen Parlamentarismus gemacht.

Man wird nun gewiß den diesmal früher in die Ferien gegangenen Landboten die weitere Frage vorlegen: „Was habt Ihr sonst geschafft?“ Darauf wäre zu antworten, daß diesmal gewiß kein auf zwei Jahre berechneter Staatsvoranschlag zu beraten war, der den Landtag stets ungefähr 6-8 Wochen beschäftigt. Nur ein nicht umfangreicher Nachtrag mußte parlamentarisch erledigt werden. Auch lagen dem gestern verabschiedeten Landtag keine so großen Gesetze, wie im vorigen Jahre das Lehrerbildungsgesetz, die Grund- und Gewerbesteuer und das Gebäudewerbesteuerergänzungsgesetz vor; die Parlamentarismühle klappte langsamer und lieferte weniger gesetzgeberischen Ertrag. Aber das kürzlich verabschiedete Polizeibeamtengesetz und das Gesetz über die künftige Regelung der Beamtenbezüge dürften doch zu jenen Gesetzgebungsleistungen gerechnet werden, für welche nicht nur in Interessentenkreisen Beachtung gefordert werden darf. Baden war nach Preußen das erste und das einzige Land in Deutschland, welches die keineswegs leichte Materie über die materielle und rechtliche Stellung seiner Polizeibeamten gesetzgeberisch geklärt hat. Und der Beamten-Unterausschuß beriet nicht weniger als 126 eingelaufene Beamtenanträge auf höhere Einstufung, andere Amtsbezeichnungen, Regelung der Krankentage für die Beamten usw., nachdem man im Jahre 1925 rund 50 Gesetze, im vorigen Jahre zusammen 75 Gesetze der Regierung bzw. der nächsten Landtagssession überwiesen hatte. Die ab 1. Oktober zu zahlenden 10 Prozent für die 6 ersten Besoldungsgruppen und die verprochene Abschlagszahlung an alle badischen Beamten, wenn das Reich im September die neue Besoldungsordnung fertig hat, sind doch immerhin einigermaßen zufriedenstellende Beschlüsse des Plenums, welche der Beamten-Unterausschuß verlangt und vorbereitet hat.

Aber es mußten auch die „kleineren Sachen“ zur Verabschiedung kommen. Unter diese könnte gerechnet werden: Das Kirchenvermögensgesetz, welches die Steuerrechte und die Verwaltung der Vermögen zwischen Staat und Kirche regelt, die Frage des Wohnungsbaues in Baden, welche den Landtag in jeder Session beschäftigt und durch eine Regierungsentwurf besonders nachhaltig unterstützt wurde, die gesetzgeberischen Schlussfolgerungen aus der letzten, im November 1926 stattgefundenen Gemeindevahl, bei welcher sich durch die Zusammenlegung von Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen gewisse Mißstände ergeben haben, die Angleichung der Gebäudewerbesteuer in ihrem finanziellen Ertragnis an die bekanntlich seit 1. April 1927 in Kraft befindliche Mietpreis-Erhöhung, die Denkschrift über die Entwicklung des Straßenausbauprogramms, die Erörterungen im Plenum und im Haushaltsausschuß über das Schlachtfleischgesetz, die Novelle zum Ortsstraßengesetz (Zusammenlegung von Grundstücken), die Denkschrift über die Niederlegung für badische Landwirte, die Erörterungen über die Stellung der Parteien zum Reichsfinanzgesetz, der Initiativgesetzentwurf der Regierungsparteien über Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung badischer Mini-

ster, der Initiativentwurf des Zentrums auf Ernennung der Direktoren an den Volkshochschulen der früher der Städteordnung unterstellten Städte, Änderung des Jagdgesetzes usw.

Somit eine Unmenge Kleinarbeiten, welche die verschiedensten Interessen der Staatsbürger berühren und eben auch ihre Erledigung im Landesparlament fordern. Daß dabei öfters die politische Einstellung der Parteien und ihre Gegenfähigkeit in der Wertung der Gesetze zum Ausdruck kommen, ist bei einem Parlament, in welchem 6 Parteien vertreten sind, ganz selbstverständlich. So traten z. B. beim Kirchenvermögensgesetz die Weltanschauungsansichten der einzelnen Parteien in hochinteressanter Weise im Plenum des Landtags zutage, denn Parlamente sind nun einmal die Kampfflächen der Öffentlichkeit.

Fügen wir noch hinzu, daß in der abgelaufenen Landtagsperiode Baden auch einen neuen Finanzminister in Dr. Schmitt bekommen hat, weil der bisherige badische Finanzminister Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister berufen wurde, dann dürfte ungefähr das innere und äußere Leben und die Arbeit des badischen Landtages vom November 1926 bis Juli 1927 dargelegt sein. Vergessen wir nicht, daß in Baden im allgemeinen stabile politische Verhältnisse bestehen und daß Regierung und Landtag ehrlich befreit sind, sie auf möglichst lange Zeit hinaus zu erhalten.

Hindenburgspende und Kriegsbeschädigte

Reichspräsident von Hindenburg hat selber den Wunsch geäußert, die ihm zu seinem 50. Geburtstag (2. Oktober d. J.) durch eine Sammlung des deutschen Volkes zugegebene Hindenburgspende zum Besten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu verwenden. Es kann sich dabei natürlich nur um ergänzende Zuwendungen an Kriegsbeschädigte handeln, deren besondere Notlage einer über die reichsgesetzliche Versorgung hinausreichenden Fürsorge bedarf.

Darin liegt der Zweck der Hindenburgspende begründet. Keineswegs kann das Reich durch den Ertrag der Hindenburgspende auch bei höchster Schätzung von seiner Verpflichtung gegenüber den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen entlastet werden. Zur Versorgung für die heute noch fast 800 000 Kriegsbeschädigten und 1,5 Millionen Kriegshinterbliebenen gehören ganz andere Mittel, als sie eine Sammlung je aufbringen kann. Der Haushaltsplan für 1927 sieht unter dem Kapitel Militärversorgung 1,37 Milliarden M als Versorgungsgebühren für frühere Angehörige der Wehrmacht und deren Hinterbliebene vor. Es sind dies etwa 30 v. H. der Gesamtausgaben des Reiches. Bei der letzten Zahlung 1927 ergaben sich 786 000 versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte und Altrentner. Von ihnen sind über 300 000 mehr als 50 v. H. erwerbsbeschränkt. Von den Kriegshinterbliebenen erhalten 370 081 Witwen Vollrente bzw. Witwenbeihilfe, 917 890 Waisen und 225 162 Elternpaare bzw. Elternleber der Kriegsbeschädigten Gebührenträge.

Wenn wir uns fragen, ob diese ungeheuren, unsere Wirtschaft drückend belastenden Zahlen in den nächsten Jahren zurückgehen werden, so bedeutet es eine Überraschung, wenn wir hören, daß zur Zeit die Zahl der Versorgungsberechtigten nicht im Abnehmen, sondern im Steigen begriffen ist. Nach den Berichten war die Zahl der Beschädigten am 1. April 1926 um etwa 18 000 höher als am 5. Oktober 1924. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß viele, die früher keinen Wert auf die Rente gelegt haben, jetzt in der wirtschaftlichen Not den Versuch machen, sie noch nachträglich zu erlangen.

Die Not steigt; aber der Haushaltsplan des Reichs ist durch den Versorgungsbedarf bereits dermaßen überspannt, daß größere ergänzende Mittel nicht mehr ausgemerkelt werden können. Die Hindenburgspende soll dazu dienen, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hier Hilfe und Erleichterung zu bringen.

Vor der Entscheidung um das Reichsreformmal. Wie wir aus unterrichteter Quelle erfahren, steht die Frage des Reichsreformmals kurz vor der Entscheidung. Nach langwierigen Verhandlungen über die Platzfrage haben sich die Verbände auf wenige Projekte geeinigt, unter denen sich Verke und Lorch an erster Stelle befinden. Für Verke sollen jedoch die besten Ausichten bestehen. Die Einigung der Verbände auf ein bestimmtes Projekt soll noch vor der Dezembertagung des Reichstages erfolgen.

Deutsch-Nordische Pressekonferenz. Aus Anlaß der in diesen Tagen in Danzig stattfindenden deutsch-nordischen Pressekonferenz sind gegen 50 Journalisten aus Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Lettland und Finnland hier eingetroffen. Die Beratungen sind interner Natur und betreffen Ständes- und Berufsfragen.

Jubiläum des Alltagsverlags. Aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Verlages Alltags fand im Verlagshause eine Feier statt, in deren Verlauf bekanntgegeben wurde, daß die Verwaltung für das Gesamtpersonal einen Pensionsfonds von 1 Million Mark stiftete, der im Laufe der nächsten Jahre auf 2-3 Millionen Mark erhöht werden soll. Außerdem soll jedes Mitglied des Gesamtpersonals einen Geldbetrag als Jubiläumsgabe erhalten. Des Weiteren steht die Leopold-Alltags-Gedächtnisstiftung Legate von 50 000 M vor, an denen die Organisationen der Presse, der Buchhändler und Buchhandlungsgehilfen, der Buchbinder und die Deutsche Gesellschaft für Kaufmannsberufshilfsheime beteiligt sind.

Wilson's Geständnis

Präsident Wilson ist bekanntlich seinerzeit, als er sah, was aus seinen 14 Punkten in den Händen der Alliierten wurde, tief enttäuscht und erbittert nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, und es ist wohl verständlich, daß der Schlag, den sein weltfremder Idealismus erlitten hatte, viel zu seinem Zusammenbrüche beigetragen hat.

Liest man die Aufzeichnungen, die James Kerney, der Besieger der in Trenton, New-Jersey, erscheinenden „Times“ in seinem Werke über Wilson, das Kerney am 3. Jahrestage des Versailler Friedensschlusses der Öffentlichkeit übergeben hat, so wird man zu der Einsicht kommen, daß er es mit seinen Weltfriedensabsichten ernst gemeint hat. Er hat zu spät erkennen müssen, daß die Alliierten das Werkzeug, das ihnen zum Siege verholfen hatte, kalt beiseite geschoben, nachdem es seinen Zweck erfüllt hatte.

Wie Wilson danach auf die führenden Männer bei den Alliierten zu sprechen war, dafür nur einige charakteristische Proben.

Kerney schreibt: „Als ich am 7. Dezember wieder zu Wilson kam, fand ich ihn in einer besseren Gemütsverfassung. . . . Nachdem ich ihn an die durch Frankreich und Italien vollbrachte Beruhigung des Versailler Vertrags erinnert hatte, rief er mit erregter Stimme aus: „Ich möchte es erleben, daß Deutschland Frankreich niederwirft und wünschte, Jufferand zu begegnen, um ihm dies ins Gesicht zu sagen.“ Frankreichs Politik hat insbesondere seine Verachtung herbeigerufen, und er gibt seinen Ansichten freien Lauf über den Mangel an gutem Glauben. Aber die Undankbarkeit und Gabsucht Frankreichs, da doch der Krieg nur dank der Großmut Amerikas gewonnen worden ist.“

Als im Oktober und November Marshall Foch seinen Triumphzug durch Amerika machte hat ihn Wilson nicht gesehen, da der frühere Präsident am dem Tage, als Foch ihn besuchen wollte, sich krank melden ließ.

Foch hatte in Paris solchen Gewaltmaßnahmen das Wort geredet und sich als ein solch verheerender Anhänger des französischen Militarismus gezeigt, daß Wilson schließlich in ihm nur einen wilden Militaristen sah, dessen ganze Philosophie darauf hinausläuft, möglichst viele Deutsche zu vernichten, „tuer du boche“, wie der Lieblingsausdruck des überaus religiösen Foch während des Krieges lautete. Wilson hatte einen tiefen Abscheu gegen alle französischen Politiker. „Alle haben mich angelogen“, erklärte er mir, „mit Ausnahme von Louis Loucheur“, und er fügte hinzu: „Die Niederlage von Stanley Baldwin war eine gute Sache, nicht nur für England, sondern auch mit Rücksicht auf Poincaré“, den er einen Maulhelden nannte.

Wilson hat eine ausgesprochene Abneigung gegen Poincaré, der im Hinblick auf den Ausbruch des Krieges eine verderbliche Rolle gespielt hat.

Man kann sich nicht leicht eine tragischere Rolle vorstellen, als die eines Mannes, welcher die Witze Jupiters in Händen gehabt hat und sich nun mit einem Schläge außerstande gesetzt sieht, den Gang der Ereignisse zu kontrollieren, und diejenigen zu bestrafen, welche die Macht mißbraucht haben, die sie ihm verdanken.

Was wäre Foch heute ohne Wilson, der die amerikanischen Armeen über das Meer schickte, um Frankreichs und Englands Krieg zu gewinnen!“ (Berl. Wörfenzg.)

Schreiben des Deutschen Beamtenbundes. Die dem Deutschen Beamtenbund angehörigen Mitglieder der Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung haben an den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Hülgel, gemeinsam ein Schreiben gerichtet, in dem sie im Hinblick auf die Tätigkeit der innerhalb des Bundes entstandenen sozialen Arbeitsgemeinschaft Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität des Bundes fordern. In dem Schreiben heißt es: „Wir betonen in aller Offenheit nicht länger mit einer öffentlichen Kritik des Bundesvorsitzenden zurückhalten zu dürfen, wenn nicht endlich die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die parteipolitische Neutralität des Deutschen Beamtenbundes sicherzustellen.“

Internationale Kirchenkonferenz. In Binnheit wurde die Internationale Kirchenkonferenz zur Fortsetzung der von Stockholm ausgehenden christlichen Einheitsbewegung eröffnet. Den Vorsitz führte der Bischof von Winchester. Vertreten waren 15 Länder. Unter den Vertretern befanden sich der Präsident des deutsch-englischen Kirchenausschusses, D. Dr. Kappler, der sächsische Landesbischof Ihnelt, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons und Prof. Dr. Weismann, Berlin. In den Berichten, die zur Beratung stießen, kommen die Fortschritte zum Ausdruck, die das östumenische Einigungswerk gemacht hat.

Die Beisetzung König Ferdinands. Die Trauerfeierlichkeiten für König Ferdinand sind auf Samstag verschoben worden.

Politische Neuigkeiten

Der preussische Ministerpräsident gegen den Reichsinnenminister

In der öffentlichen Vollziehung des Reichsrates, die am Donnerstag Abend unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers von Reubell stattfand, gab vor Eintritt in die Tagesordnung der preussische Ministerpräsident Dr. Braun eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Der Herr Reichsinnenminister des Innern hat am Schluß der letzten Vollziehung des Reichsrates scharfe Angriffe gegen den preussischen Reichsratsbevollmächtigten, Ministerialdirektor Dr. Badi, gerichtet, dem er Bruch der Vertraulichkeit der Sitzungen der Reichsratsausschüsse und Verfälschung der Öffentlichkeit vorwarf. Diese Vorwürfe bezogen sich auf Erklärungen, die Ministerialdirektor Dr. Badi in einer Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages am 8. d. M. abgegeben hat. Ich möchte in aller Form Verwahrung dagegen einlegen, daß in einer öffentlichen Reichsratsitzung Beschwerden und Angriffe gegen einen Vertreter der preussischen Staatsregierung vorgebracht werden, ohne daß zuvor der preussischen Staatsregierung Mitteilung gemacht und dadurch Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Dieses Verfahren widerspricht allen bisherigen Gepflogenheiten. Das Vorgehen des Herrn Reichsinnenministers des Innern bedauere ich um so mehr, als eine Stellungnahme mit mir ihn voraussichtlich sofort davon überzeugt haben würde, daß sämtliche gegen den Vertreter der preussischen Staatsregierung erhobenen Vorwürfe auf irrigen Voraussetzungen beruhen und daher jeder Berechtigung entbehren.“

Der Ministerpräsident ging dann auf Einzelheiten ein und sagte: „Ich schließe, indem ich die bestimmte Erwartung ausspreche, daß der Herr Reichsinnenminister des Innern seine Vorwürfe an der gleichen Stelle zurückziehen wird, an der er sie erhoben hat, zumal sie inzwischen in einem Teile der Presse zu Angriffen gegen den preussischen Vertreter geführt haben. Ich lasse mich selbst als preussischer Ministerpräsident bei allen Handlungen von dem Bestreben leiten, ungeachtet sachlicher Meinungsverschiedenheiten ein gutes Verhältnis zwischen dem Reiche und Preußen zu pflegen. Vorfälle aber, wie die hier erörterten, sind geeignet, diese Bemühungen der preussischen Staatsregierung in ihrer Wirkung stark zu beeinträchtigen.“

Reichsinnenminister des Innern von Reubell: Auf Beschluß des Reichsrates wird die Frage zur Zeit in den Ausschüssen geprüft. Die soeben gegebene Erklärung bietet mir daher keine Veranlassung, in diesem Stadium der Angelegenheit und an dieser Stelle meinen Erklärungen von neulich ein Wort hinzuzufügen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Ergänzung der Verordnung über die Gemeindefiskussteuer. Es handelt sich um die Berechnung der Steuer für ausländische Biere. Der Reichsrat stimmte dieser Ergänzung zu. — Für den Reichsratsrat hat der Reichsrat ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied neu zu ernennen. Die Ausschüsse schlagen die Ernennung des bisherigen bairischen Vertreters als ordentliches und des thüringischen Vertreters als stellvertretendes Mitglied des Reichsrates vor. Der Vertreter der anhaltischen Regierung beantragt, den ordentlichen Sitz mit einem anhaltischen Vertreter zu besetzen. Der Antrag Anhalts wird nicht genügend unterfüttert und der Vorschlag der Ausschüsse angenommen.

Reichsinnenminister von Reubell: Soeben wird mir die erschlitternde Mitteilung gemacht, daß der bestliche Minister von Preußen entschlafen ist. Er hat in früheren Jahren hier im Reichsrat mitgewirkt und es bleibt unvergessen, was er damals für seine engere Heimat und für das ganze deutsche Vaterland an exponierter Stelle geleistet hat. Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben haben.

Eine Verordnung über die Beteiligung der Länder an der Gesellschaftssteuer bei wirtschaftlich gehobenen Betriebszusammenschlüssen und die Ausführungs- und Fortführungsbestimmungen zum Kapitalverkehrssteuergesetz werden vom Reichsrat mit einigen vom Ausschuss beschlossenen Änderungen angenommen. — Die Reichsregierung plant die Ausdehnung der bisher für 1926 und 1928 beschlossenen Finanzstaatsmittel der Länder auch auf die kommenden Jahre. Die Verordnung darüber wird vom Reichsrat in etwas geänderter Fassung gegen die Stimmen Bayerns und Württembergs, die gegen eine „Verewigung“ der Staatsmittel protestieren, angenommen.

Bildende Kunst in Karlsruhe

Der Kunstverein bringt diesmal wenig Erfreuliches in seiner Ausstellung. Eigentlich nur die Arbeiten am Eingang und im ersten Saal haben einige Haltung: sie stammen von dem Dresdner Richard Wirtzengel, einem Künstler, der haarscharf an der Manier vorbeisegelt zu dekorativen Wirkungen, die sich am reinsten und ungetrübtsten in drei Stillleben ausprägen. Dekorativ, d. h. nur schmückend, ohne wirklich großes Erleben, aber immer geschickt und sicher stilisiert sind auch die Landschaften. Bei den Portraits sucht der Künstler den Mangel an psychologischer Vertiefung durch überraschende Verzerrungen oder Bildauschnitte zu ersetzen. Man sieht alle diese Bilder, ohne irgendwie gepakt zu werden; man konstatiert, daß da eine Formel gefunden ist, die unverwundlich auf alle Dinge angewandt werden kann, und man geht innerlich und unberührt in den großen Saal der Ausstellung weiter.

Und schon findet man sich unter dem Zeichen des Bundessterns. Saure Gurlenzeit im Kunstverein, Ferienstimmung, der offenbar die Auswahl der ausgestellten Bilder angepaßt ist! Der Münchner Künstlerbund hat eine Kollektion Bilder hergeschickt, die dazu geeignet ist, uns all das glauben zu lassen, was an Kritik über Münchens Bedeutung als Kunststadt seit einem Jahre in den Zeitungen und Zeitschriften geschrieben wird. München, einst Heimat der bildenden Künste schlechthin, sei überlebt, erledigt. Eine Organisation wie der Münchner Künstlerbund wäre noch vor gar nicht so langer Zeit geeignet gewesen, dieses Gerüde zu widerlegen. Was zeigt er aber heute für Bilder? Vorhinterlassenes, muffige Dinge, die man überhaupt nicht eines kritischen Wortes zu würdigen braucht. Nur ganz wenige Bilder finden sich dabei, die man als gute, gepflegte Durchschnittsmalerei bezeichnen kann. Sieht das Niveau des Münchner Künstlerbundes so aus, dann versteht man es wohl, daß er gerade jetzt zur Reifezeit, wo in München der Fremdenberlei und mit ihm — das Kunstgeschäft blüht, mit seinen Bildern auf Wanderschaft gehen muß.

Noch schlimmer wird es im nächsten Saal. Da sind Arbeiten von Willi Selmauer, Weinheim, zu sehen, die an die festlichen Zeiten der „Gartenlaube“ erinnern. Man findet dort die Dangelen und Gud und Sief und Segantini und wer weiß wen noch alles, aber alle in einer süßlichen Verfassung.

Der Saal unter dem Treppenraum bringt eine kleine Erholung. Alwin Stäger, München, hat dort Aquarelle aufgestellt. Einzelne dieser Blätter sind sehr aquarellmäßig recht erfreulich. Stäger stellt sich keine großen neuen Pro-

Zum Aufruf des Oberpräsidenten Göring

Berlin, 21. Juli. Das WTB verbreitet folgende Meldung: Als Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat Oberpräsident Göring in diesen Tagen einen Aufruf veröffentlicht, der sich mit den letzten Ereignissen von Wien befaßt. Der Aufruf enthält scharfe und beleidigende Angriffe gegen österreichische Behörden und gegen die österreichische Regierung selbst. Die Reichsregierung sieht sich veranlaßt, ihrem lebhaften Bedauern über diesen Aufruf Ausdruck zu geben der geeignet ist, die herzlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu trüben.

Der Kampf um den innerbayerischen Finanzausgleich

Der bayerische Landtag ist am Donnerstag in die Sommerferien gegangen und wird erst im Herbst wieder zusammentreten. In der Schlusssitzung wurde zunächst die sogenannte 8 Millionen-Vorlage zugunsten der unteren und mittleren Beamten angenommen. Eine stundenlange Debatte löste dann der stark umstrittene Gesetzentwurf über den innerbayerischen Finanzausgleich aus. Die zum Teil scharfe und heftige Kritik der Opposition veranlaßte die Staatsregierung, in die Debatte einzugreifen. Unter Ablehnung sämtlicher Ablehnungsanträge wurde schließlich in namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz über den innerbayerischen Finanzausgleich mit 66 gegen 50 Stimmen angenommen.

Nachklänge zu den Wiener Unruhen

Am Donnerstag nachmittag fand unter großer Beteiligung der Bevölkerung in der Unger-Gedächtniskirche auf dem Zentralfriedhof die Trauerfeier für die am vergangenen Freitag getöteten vier Beamten der Polizeidirektion sowie den ebenfalls erschossenen Leutnant des Bundesheeres, Binder, statt. Die Särge waren nebeneinander aufgebahrt und mit zahlreichem Kranz geschmückt. An der Trauerfeier nahmen u. a. Bundespräsident Gaisisch, Bundeskanzler Dr. Seipel, Polizeipräsident Schöber und die übrigen Mitglieder des Kabinetts teil.

Der Wiener Gemeinderat hielt eine Trauerfeier ab. Das Mitglied der kommunistischen Partei, Koppelit, das bei der Leichenfeier auf dem Zentralfriedhof eine Ansprache gehalten hatte, wurde wegen des hochverräterischen Inhalts seiner Rede und verschiedener Schriftstücke, die man bei ihm vorfand, zunächst in polizeiliches Gewahrsam genommen.

Die Vertrauensmänner der Tiroler Bauernschaft haben in einer Versammlung anlässlich der Ereignisse in Wien auch die Beteiligung der Bundesregierung in eine andere Stadt gefordert, um die Unabhängigkeit der Regierung zu sichern. — Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ meldet, daß auf den sozialdemokratischen Tiroler Landtagsabgeordneten Brunner in Buch bei Schwaben mehrere Gewehrschüsse abgegeben worden seien. Die Täter seien bereits verhaftet worden.

Professor Barnes über die Kriegsschuldfrage

WTB, Berlin, 22. Juli. Gestern Abend fand im Oberhof als Einleitung der Versammlung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände ein Abendessen zu Ehren der Anwesenheit des amerikanischen Professor Barnes statt. Professor Barnes betonte, daß seit seinem letzten Aufenthalt in Berlin sich auf dem Gebiet der Kriegsschuldfrage nichts geändert habe, daß vielmehr die inzwischen veröffentlichten Dokumente nur den Beweis für die Mäßigkeit des von ihm vertretenen Standpunktes gebracht hätten. Als Ergebnis seiner Forschungen stellt Professor Barnes fest, daß man drei Staaten, nämlich Deutschland, Rußland und Frankreich eine gewisse Schuld an Kriegen nachweisen könne, während England jedenfalls nicht das zur Verhinderung des Krieges Notwendige getan habe. — Dr. Rosen trat für ein aktives Vorgehen der Regierung in der Kriegsschuldfrage ein. — Reichsinnenminister a. D. Dernburg hob sodann hervor, daß die gegen Deutschland gerichteten Vorwürfe, insbesondere der Vorwurf des Imperialismus heute schon als lächerlich bezeichnet werden müßte.

Angriffe der Wiener Arbeiterzeitung gegen die Polizei. Die „Arbeiterzeitung“ erhebt gegen den Polizeipräsidenten den Vorwurf, daß am vorigen Freitag, von der Polizei Dum-Dum-Munition benutzt worden sei. Sechsfachverständige hätten das nach Untersuchungen der Wunden festgestellt. Die „Arbeiterzeitung“ sei in Besitze eines größeren Vorrats dieser Munition. Es handele sich um Scheibmunition mit Weisphänit und Jagdmunition mit abgeplatteter Spitze. Das Blatt verlangt vom Polizeipräsidenten Aufklärung und Bestrafung der schuldigen Beamten.

Überstundenvergütung im Bankgewerbe. Zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den am Reichsarbeitsvertrag für das Deutsche Bankgewerbe beteiligten Angestelltenorganisationen war ein Konflikt entstanden über die Vergütung der Überstunden nach dem neuen Arbeitszeitgesetz. Nach Anrufung des Reichsarbeitsministeriums wurde von diesem Ministerialrat Dr. Goldschmidt als Schlichter bestellt, der, wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, nach mehrstündiger Verhandlung folgende Entscheidung fällte: Es gelten die Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages mit der Maßgabe, daß für die 49.—51. Wochenstunde ein Zuschlag von je 25 v. H. von ein Zweihundertstel des tarifmäßigen Monatsentkommens festgesetzt wird und daß der von der 56. Wochenstunde vorgeordnete Zuschlag von 25 v. H. bereits von der 52. Wochenstunde an zu zahlen ist. Diese Entscheidung gilt mit Bindung ab 1. Juli 1927 und läuft bis zum 31. März 1928.

Kurze Nachrichten

Telephon Berlin-Buenos-Aires. Auf dem Funkwege ist eine direkte Telephonverbindung zwischen Berlin und Buenos-Aires hergestellt.

Ein Schiedspruch für die deutsche Papierindustrie sieht die Umwandlung der zum Teil noch bestehenden zwei Schichten auf drei Schichten vor. Er ist von beiden Parteien angenommen worden.

Zum Kommunistenprozeß. Reichsanwalt Neumann beantragte in dem seit Wochen in Stuttgart stattfindenden Kommunistenprozeß gegen acht Angeklagte Zuchthausstrafen von 8 bis 18 Jahren, gegen mehrere Angeklagte Einstellung des Verfahrens. Bei allen zu Freiheitsstrafen zu Verurteilenden soll ein Teil der Untersuchungsfrist angerechnet werden.

Revision im Antisemitismusprozeß. Die im Antisemitismusprozeß verurteilten Angeklagten haben Revision angemeldet.

Frankreich bei den olympischen Spielen nicht vertreten. Das französische olympische Komitee hat beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß der Senat die Bewährung der notwendigen Mittel verweigert hat, keine Beteiligung Frankreichs zu den Olympischen Spielen in Amsterdam zuzulassen.

Der Führer der österreichischen christlichen Gewerkschaften, Matthias Hlanger, ist plötzlich gestorben.

Chamberlin im Deutschen Klub. Generalkonful von Lewinski hatte im Deutschen Klub in Neupoz ein Festessen zu Ehren Chamberlins veranstaltet. In den Festreden kam die Abergzeugung zum Ausdruck, daß Chamberlins Flug die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika weiter gefestigt habe.

Hoover Präsidentenkandidat? Die meisten Zeitungen betrachten einen Besuch Hoovers bei Coolidge, der ihn durch persönliches Abholen an der Bahn auszeichnete, als ein Zeichen dafür, daß Coolidge Hoovers Kandidatur empfehlen werde, falls er sich nicht entschließen sollte, selbst zu kandidieren. Hoover erklärte er werde aus Loyalität nicht gegen Coolidge kandidieren.

Verschiedenes

Schwere Unwetter sind in Pommern niedergegangen. Der Witowfluß hat ganze Stadteile überschwemmt. Viel Vieh ist umgekommen.

Vom Blitz erschlagen. In der Gansrückgemeinde Sigerath wurden drei Mädchen, die unter einer Eiche Schutz vor dem Gewitter suchten, vom Blitze erschlagen.

Überfall durch Seeräuber. Der Norwegische Dampfer „Solviken“ wurde auf der Fahrt zwischen Hongkong und Saigon von chinesischen Seeräubern, die sich unter die Passagiere gemischt hatten, überfallen. Der Kapitän wurde schwer verwundet, die Offiziere überumpelt, der 2. Offizier erschossen. Die Räuber übernahmen zwei Kisten mit Goldbarren und entliefen sodann auf Schaluppen.

Dammbruch an der Schwärzen Elster. In der Nacht zum Donnerstag ist der Damm der Schwärzen Elster zwischen Müdenberg und Dosthaida auf 20 m Breite gebrochen. Da Gefahr bestand, daß das Dorf Müdenberg unter Wasser gesetzt wurde, ist Reichswehr zur Hilfeleistung herbeigeezogen worden. Die gesamte Einwohnerschaft ist mit äußerster Anstrengung tätig, um den Miß zu stopfen.

zers, den diese Bilder nicht von weitem ahnen lassen. Sie mögen wohl früher gemalt sein, als die Zeichnungen und Aquarelle, die schon ziemlich deutlich auf Babberger hinweisen. Wir sehen, das ist nicht Vielgewandtheit, sondern ehrliches Suchen. Hoffen wir, daß den jungen Künstler dieses Streben nicht verläßt. Er hat das Zeug dazu, etwas zu werden. Dr. Str.

Das Turn- u. Spielfest der Volksschule Durlach

„Turner auf zum Streite“ hieß es am Donnerstag, als bei schönstem Wetter Hunderte von kräftigen Mädels und sonnengebräunten Buben zum neu eröffneten Stadion zogen, um sich im Wettkampf zu messen; die Jungen im Sechskampf, die Mädchen im Vierkampf. Es waren die besten, da in den einzelnen Klassen Auscheidungstämpfe stattgefunden hatten. Ein herzerfreuendes Bild bot nach kurzer Zeit die Kampfstätte. Hier sah man die Buben an Red und Barren ihre turnerische Geschicklichkeit beweisen, dort beobachtete man eine Mädchenriege am Weitsprung oder beim Werfen des Vollballe, während sich auf dem oberen Platze gerade einige fertige Buben im zähen Endkampf um den ersten Platz im 75-Meter-Lauf stritten. Der nachdenkliche Zuschauer mußte sich unbedingt die Frage stellen: Kann es etwas Gefährlicheres geben für unsere Jugend als in Sonnenlicht und Södenluft den Körper zu fühlen? Nach einer wohlthuenden Mittagspause von 11 bis 4 Uhr strömten die Kinder wieder nach dem Verbergen, um das Nachmittagsprogramm abzuwickeln. Fast ganz Durlach hatte sich dazu eingefunden und umsäumte den Spielplatz. Eingipfel der Mädchen wechselten mit den spannenben Staffellaufen der Knaben, während anschließend ein Schlagballspiel und andere Vorführungen die Zeit ausfüllten bis zum Höhepunkt des Festes, den jedes Jahr die Allgemeinen Festübungen sämtlicher Schüler und Schülerinnen (ca. 1000) bilden. Die musterghiltigen Ausführungen lösten bei den Zuschauern eine ungeheure Begeisterung aus und lauter Beifall war das Zeichen der Anerkennung für die herrlichen Bilder, die Mädels und Buben mit ihren Übungen geboten hatten. Die darauffolgende Siegerverkündigung nahm der Leiter der Durlacher Schulen, Direktor Wehringer, selbst vor und brachte nach einer humorvollen Ansprache ein „Gut Heil“ aus als Dank für alle, die zum schönen Verlauf des Festes beigetragen hatten. Tatsache ist, daß die Turnfeste der Volksschule Durlach Volksspiele im wahren Sinne des Wortes geworden sind.

Badischer Teil

Zum Ableben des hessischen Ministers von Brentano

hat der badische Staatspräsident Dr. Trunt der Gattin des Verstorbenen, sowie dem hessischen Staatspräsidenten Ulrich das tiefe Beileid ausgesprochen. Der badische Staatspräsident wird außerdem der Beerdigung, welche am nächsten Sonntag in Darmstadt stattfindet, beiwohnen.

Badischer Landtag

46. Sitzung

(Schluß)

23. Karlsruhe, 21. Juli.

Es folgte nunmehr die Abstimmung über die

Anträge zur Dotationsfrage

wozu die Abgg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Bgg.) und Vogt (Komm.) kurze Erklärungen abgaben.

Der sozialdemokratische Antrag auf Prüfung im Sinne des Abbaues der Dotationen wurden mit 27 gegen 16 Stimmen bei 23 Enthaltungen abgelehnt, der Antrag des Zentrums auf erneute Prüfung unter dem Gesichtspunkte der Parität und Notlage der Kirchen mit 29 gegen 19 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen, der Antrag des Zentrums, den Antrag Dr. Schmittbener für erledigt zu erklären, mit 34 gegen 31 Stimmen abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältnis der Antrag Dr. Schmittbener selbst angenommen.

Abg. Dees (Dem.) begründete einen Antrag, die Regierung möge sich darum bemühen, daß das Reichsforschungsinstitut für Zeitschriften und Abdrucke nach Baden kommt, da die Schwarzwalder Industrie von unserem Lande ihren Ausgang genommen hat.

Abg. Duffner (Str.) empfiehlt als Sitz des Instituts die Stadt Furtwangen.

Der Antrag Dees fand einstimmige Annahme.

Eine Reihe von Gesuchen persönlicher Natur wurden gemäß den Ausschlußbeschlüssen erledigt.

Es folgte die

Wahl des Landständischen Ausschusses

Der Präsident gab bekannt, daß auf Grund des § 47 der Verfassung nach dem Grundsatze der Verhältniswahl ihm folgende Vorschläge für den aus dem Präsidenten und neun anderen Mitgliedern bestehenden Landständischen Ausschuss gemacht wurden:

Zentrum: Dr. Schöfer (Stellv.: Dr. Föhr), Dr. Eggler (Schneider), Seubert (Kühn), Gerlach (Eberhardt); Sozialdemokraten: Maier-Heidelberg (Dr. Engler), Dr. Marum (Müder);

Demokraten: Dr. Glodner (Scheel);

Bürgerl. Vereinigung: D. Mayer-Karlsruhe (Maiber);

Deutsche Volkspartei: Dr. Matthes (Dr. Ofischer).

Das Haus erklärte sich gegen die Stimmen der Kommunisten mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Der Präsident Dr. Baumgartner gab dann ein Bild der Tätigkeit des Landtags in der abgelaufenen Sitzungsperiode 1926/27, worauf er einer allen Anwesenden inwischen verstorbenen früheren Abgeordneten Lehmann (Soz.), Greiff (natl.) und Seppert (Str.) einen ehrenden Nachruf widmete. Die Mitglieder des Hauses hatten sich von den Sitten erhoben. Alsdann dankte der Präsident dem Landtage für seine zum Wohl von Land und Volk geleistete umfangreiche Arbeit, insbesondere auch der Mitwirkung der Mitglieder der Regierung sowie der Tätigkeit der Ausschussvorsitzenden und Berichterstatter, deren Aufgabe leider im Plenum nicht immer die gebührende Beachtung gefunden habe. Der Präsident fand auch aufrichtige Dankesworte für die Beamten des Landtages und die Parlamentsjournalisten.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) sprach dem Präsidenten Dank und Anerkennung für seine umsichtige Geschäftsführung aus.

Gegen 2 Uhr konnte Präsident Dr. Baumgartner mit den besten Wünschen für eine recht gute Erholung die Sitzung und damit die gegenwärtige Tagung schließen.

Der Landtag hat im verflochtenen Tagungsabschnitt 46 öffentliche Sitzungen abgehalten. Es fanden ferner statt: 42 Sitzungen des Haushaltsausschusses, 18 des Ausschusses für Gesetze und Verordnungen, 19 des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung, 4 des Geschäftsordnungsausschusses, 18 des Verfassungsausschusses, 11 des Unterausschusses für die Beamtenfrage und 10 des Vertrauensmännerausschusses.

Reichsminister Dr. Köhler Ehren doktor der Techn. Hochschule Karlsruhe

Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben den Reichsminister der Finanzen Dr. h. c. Heinrich Köhler auf einmütigen Antrag der Abteilung für Elektrizitätstechnik die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber in Anerkennung der tatkräftigen Förderung der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Baden und insbesondere seiner Elektrizitätswirtschaft verliehen.

Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden im Jahre 1927

Am 1. Juli 1927 stattgefundenen Bestandsaufnahme der Kraftfahrzeuge wurden nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes im Lande Baden ohne Einrechnung der Kraftfahrzeuge der Wehrmacht und Reichspost 28 792 Kraftfahrzeuge (1926 = 22 980) ermittelt; die Zunahme beträgt somit gegenüber dem Vorjahr 5812 oder 25,3 Proz. Von diesen Kraftfahrzeugen entfallen 18 885 (1926 = 11 276) auf Kraftwagen, 10 508 (1926 = 7836) auf Personenkraftwagen und 8967 (1926 = 3513) auf Lastkraftwagen. Die Zunahme der Personenkraftwagen war am stärksten; sie betrug gegenüber dem Vorjahr 2667 oder 34 Proz. Während die Zunahme der Kraftwagen 2559 oder 22,7 Proz. betrug, war die der Lastkraftwagen am niedrigsten; sie betrug nur 454 oder 11,3 Proz. Eine starke Vermehrung und zwar um 40 Proz. erfuhr auch die Zugmaschinen ohne Güterabraum; ihre Gesamtzahl stieg von 285 im Jahre 1926 auf 399 im Berichtsjahr. Unter den 10 508 Personenkraftwagen sind 119 Kraftomnibusse enthalten, die vorwiegend im öffentlichen Fuhrverkehr Verwendung finden; ferner dienen 59 Kraftwagen für Feuerlöschzwecke und 29 den Zwecken der Straßenreinigung. Von den 8967 Lastkraftwagen haben 2540 ein Eigengewicht von mehr als 2000 kg; davon finden vorwiegend Verwendung im Transportgewerbe 867, für Zwecke öffentlicher Behörden 167, in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 107 und für andere Zwecke 1899. In den beiden größten Städten des Landes, Mannheim und Karlsruhe, wurden an Kraftfahrzeugen zusammen 6699, das sind nahezu ein Viertel der Gesamtzahl der in Baden vorhandenen Kraftwagen ermittelt. In Mannheim allein wurden 1543 Kraftwagen, 1704 Personen- und 677 Lastkraftwagen, in Karlsruhe 1209 Kraftwagen, 1055 Personen- und 422 Lastkraftwagen gezählt.

Sindererholungsheim Heuberg

Am 16. Juli d. J. fand auf dem Heuberg die Sitzung des Vorstandes und Verwaltungsrates der Sindererholungsheim Heuberg statt. Vorstand und Verwaltungsrat nahmen mit großer Befriedigung davon Kenntnis, daß es der Leitung des Vereines gelungen ist, eine Reihe von wichtigen und neuen Aufgaben in den Tätigkeitsbereich des Vereines mit aufzunehmen.

So wurden in diesem Sommer rund 250 erwerbslose jugendliche Mädchen aus Baden, Württemberg und verschiedenen Städten Preußens (Frankfurt a. M. und Kiel) zu einem zehnwöchigen Haushaltungskurses aufgenommen. Es ist dabei gelungen, diese jungen Mädchen körperlich und geistig so zu kräftigen und zu beeinflussen, daß nach Rückkehr in ihre Heimat eine Vermittlung in Arbeits- und Dienststellen wohl wesentlich leichter durchgeführt werden kann als vorher.

Weiter hat der Verein Heuberg die bisher bloß im Winter betriebene Erholungsstätte für volkschulentaugliche junge Mädchen nunmehr auch im Sommer fortgesetzt. Es ist dies eine außerordentlich segensvolle Einrichtung, ermöglicht sie doch, solche junge Mädchen, die bei der Entlassung aus der Volksschule körperlich noch nicht zur Arbeit fähig sind, durch dreimonatigen Aufenthalt auf dem Heuberg körperlich so zu kräftigen, daß sie ohne Schaden für ihre Gesundheit in Arbeit treten können.

Weiter hat der Verein mit der Württembergischen Hauptfürsorgeanstalt für Kriegserwachen eine Vereinbarung geschlossen, wonach ihm von dieser zunächst 37 Kriegserwachen in diesem Jahre für den Betrieb eines ganzjährigen Haushaltungskurses überwiesen wurden. Auch hier handelt es sich um 14 bis 15 jährige junge Mädchen, die aus der Volksschule entlassen sind, deren körperlicher Zustand aber ihnen einen unmittelbaren Eintritt in die Berufsarbeit noch nicht gestattet. Dem Vorgang von Württemberg ist in der Zwischenzeit bereits die freie Stadt Lübeck gefolgt. Der Verein Heuberg hofft, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten und im nächsten Jahre diese ganzjährige Haushaltungsschule für erholungsbedürftige Kriegserwachen weiter ausbauen zu können.

Endlich hat der Verein Heuberg in einem Abkommen mit der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin die Einrichtung von Ferienlehrgängen in Leibesübungen für SchülerInnen höherer Lehranstalten getroffen. Ein derartiger Kurs findet jeweils im Juli und August statt; beide Kurse sind zur Zeit mit ungefähr 40 SchülerInnen belegt.

Insgesamt hat der Verein Heuberg durch diese Umstellungen und den Ausbau seiner Heilstätten eine Erhöhung seiner Verpflegungstage im Jahre 1927 gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 10 000 erreicht.

Eine ganz besondere Befriedigung rief bei dem Vorstand und Verwaltungsrat schließlich der Zustand der Kinderheilstätten hervor. Es ist gelungen, in den letzten 2 Jahren diese Heilstätten mit Unterstützung des Reiches, der Landesversicherungsanstalt Württemberg und einer größeren Zahl von Städten derart auszubauen, daß sie allen billigen Anforderungen, die man an solche Kinderheilstätten zu stellen berechtigt ist, durchaus entsprechen.

So hat diese Sitzung den Mitgliedern des Vorstandes und Verwaltungsrates des Heuberg, die aus den verschiedensten Gegenden des Reiches zusammengekommen waren, eine erfreuliche Gelegenheit, sich von dem Mäßen dieses großen Wohlfahrtsunternehmens zu überzeugen.

Wochenend-Ausflüge und Erholung

Um die freie Zeit am Wochenende während des ganzen Jahres möglichst vorteilhaft zur Erholung verwenden zu können, hat der Badische Verkehrsverband mit den Hotels und Gasthäusern äußerst berechnete Preisvereinbarungen für Unterkunft und Verpflegung abgeschlossen. In Verbindung mit den ermäßigten Sonntagsrückfahrkarten sowie den Gesellschaftsreisen, Ausflugsfondörgeren oder Kraftwagenfabriken ergibt sich auf diese Weise zu allen Jahreszeiten eine empfehlenswerte Erholungsmöglichkeit. Die Preisvereinbarungen beginnen mit dem Abendessen vor Sonn- und Feiertagen und schließen Zimmer mit Frühstück sowie Mittagessen am folgenden Tag ein. Die Gesamtpreise bewegen sich etwa zwischen 6 und 16 RM. Um den Gedanken der Wochenendholung möglichst zu fördern und die praktische Ausführung zu erleichtern, werden in allen Zweigstellen des Badischen Reisebüros Gutscheine zu den festen Originalpreisen für Unterkunft und Verpflegung ausgegeben. Ein Verzeichnis der Wochenendpreise nach dem neuesten Stand ist kostenlos erschienen, es ist kostenlos bei dem Reise- und Verkehrsbüro sowie durch den Badischen Verkehrsverband erhältlich.

Gemeinde-Rundscha

Heidelberg. Am 30. Juli findet hier im Rathaussaal die Kreisversammlung statt. Der Voranschlag des Kreises Heidelberg verzeichnet in Einnahmen 762 000 RM, in Ausgaben 1 282 750 RM. Der zur Deckung der Fehlbetrag von 520 750 RM nötige Steuerfuß soll durch den Kreisrat festgesetzt werden, sobald die Kreissteuerverwerte für 1927 vorliegen.

Voranschlag der Stadt Heidelberg. Der städtische Haushaltsplan für 1927/28 schließt in Einnahmen (einschließlich der Gemeindefeuer) und in den Ausgaben mit 17 276 273 RM ab. Es ergibt sich ein Steuerbedarf von 8 152 680 RM. Die Steuergrundbeträge vom Grundvermögen, sowie vom Betriebsvermögen sollen für 1927 um je 25 Proz. erhöht werden und demnach 50 bzw. 20 Pf. pro 100 RM Steuerwert betragen. Für die Müll- und Kanalgebühren tritt ab 1. April d. J. eine 20prozentige Erhöhung ein. Ein Betrag von 788 000 RM, also 70 Proz. der tatsächlichen Ausgabensteigerung, entfällt auf den Schuldenzins.

Der Bürgerausschuß Schonnach hat den Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr nach der Vorlage des Gemeinderates angenommen. Danach stehen den rund 141 000 RM Ausgaben nur Einnahmen von rund 96 000 RM gegenüber, so daß ein ungedeckter Aufwand von rund 44 700 verbleibt. Es sollen erhoben werden an Umlagen vom Grundvermögen 80 Pf., vom Betriebsvermögen 32 Pf. und vom Gewerbevermögen 60 Pf. — Die Gebaltssteigerung für Gemeindevorstand und Ratsschreiber wurde mit 87 gegen 14 bzw. 89 gegen 18 Stimmen abgelehnt. In einem Bescheid wurde dann das Gehalt des Gemeindevorstehers auf 8 200 RM und das des Ratsschreibers auf 3 000 RM festgesetzt.

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Lahr für 1927 zeigt Einnahmen in Höhe von 1 476 000 RM und Ausgaben in Höhe von 2 053 000 RM vor, so daß ein ungedeckter Aufwand von circa 606 000 RM verbleibt. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage rechnet man in Lahr beim Gewerbevertrag mit einem Ausfall von 400—500 000 RM, so daß das Steueraufkommen entsprechend niedriger ausfallen dürfte. Nach dem Voranschlag des Stadtrats soll das Eigenvermögen mit 120 Pf. pro hundert RM Steuerwert, das Betriebsvermögen mit 48 Pf. für 100 RM Steuerwert und der Gewerbevertrag mit 60 Pf. für je 100 RM Steuerwert belastet werden, so daß also der Grund- und Hausbesitz mit 60 Proz. und das Gewerbe mit 40 Proz. an der Aufbringung des Gemeindeaufwandes beteiligt sein werden.

Der Bürgerausschuß von Schwellingen hat die Einführung des obligatorischen Leichenhallenzwanges beschlossen und ferner die Erstellung eines Wohngebäudes an der verlängerten Karlsruher Straße mit sechs Zweizimmerwohnungen (Kostenaufwand 48 000 RM) sowie den Bau eines Postamtes (Kostenaufwand 60 000 RM) genehmigt.

Der Haushaltsplan der Stadt Lössen für das Rechnungsjahr 1927 (1. 4. 27 bis 31. 3. 28) schließt bei 1 906 740 RM Ausgaben und bei 874 150 RM Einnahmen mit einem ungedeckten Aufwand von 532 590 RM ab. Es werden danach für das Rechnungsjahr 1927 erhoben vom Grundvermögen 250 Proz. des Grundbetrages, vom Betriebsvermögen Grundbetrags plus 25 Proz. mal 250 Proz. und vom Gewerbevermögen ebenfalls 250 Proz. des Grundbetrages. Aus dem Rechnungsjahr 1926 ist noch ein Betrag von 525 070 RM zu beden, der für die endgültige Umlagefestsetzung zu Grundbetragsgelegt wurde.

Aus der Landeshauptstadt

Doppelhochzeit im Hause Dr. Ludwig Haas

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas und seine Gemahlin feierten gestern in Karlsruhe das Fest der Silbernen Hochzeit. Gleichzeitig fand die Vermählung der Tochter des Jubelpaares, Fräulein Judith Haas, mit Herrn Otto Schrag (Sohn des Karlsruher Rechtsanwaltes Dr. Hugo Schrag) statt.

Zur Silber-Hochzeit des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas hat auch der badische Staatspräsident Dr. Trunt ein Glückwunschschreiben geschickt. Dr. Haas war bekanntlich nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 kurze Zeit badischer Minister des Innern und gehörte dann noch der Regierung als Staatsrat an.

Wiener Operette im Konzerthaus. „Die Czardasfürstin“, Emmerich Kalman's melodiöses Werk, mit dem er seinen Beltruf begründete, geht heute zum zweiten Mal in Szene, morgen eine Wiederholung der prachtvollen Revueoperette „Zirkusprinzessin“. Fräulein Mariza wird Sonntag, 24. d. M., 8 Uhr zum erstenmal als Nachmittagsvorstellung auf stark ermäßigten Preisen mit Eva Weber und Willi Wahls gespielt. Sonntag Abend zum Abschluß der Kalmanwoche „Die Czardasfürstin“.

Wetterdienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Subtropische Warmluft, die uns auf der Vorderseite des nordwestlichen Luftwirbels zugeführt worden ist, hat meist schwüles Wetter gebracht. Da der Wirbel seit gestern die Fortbewegungsrichtung änderte und nunmehr östlichen Kurs hält, erreichen uns seine weiterentwickelten südlichen Randwellen und veranlassen bereits wiederholt gewitterartige Regenfälle. Im Rücken des Wirbels dringt nunmehr die nördliche Störung gegen Westeuropa vor. Damit steht wesentlich kühleres und vorwiegend wolloses Wetter mit Regenfällen bevor. Voraussichtliche Witterung am Samstag: Erheblich kühler, überwiegend wollos, weitere Regenfälle (zum Teil in Begleitung von Gewittern), frische westliche bis nordwestliche Winde.

Zeitschriftenscha

Reich und Länder. Vierteljahrschrift, herausgegeben von der Arbeitsstätte für sachliche Politik e. V., Dresden, durch Oberregierungsrat Dr. Dr. Conrad, Kassel und Prof. Dr. Friedrich Raab, Tharandt. Jeweils 64 Seiten / Einzelheft 4,20 RM / Jahresabonnement 15,— RM. Verlag G. Braun, Karlsruhe i. L. Die Vierteljahrschrift „Reich und Länder“ will den Bedürfnissen, die Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft nach innerdeutscher Reichsvergleichung haben, dadurch genügen, daß sie regelmäßig und vollständig die Entwicklung der Gesetzgebung, Verwaltung und Finanzgebarung der einzelnen deutschen Länder durch Darstellung einzelner Probleme, ferner durch Abrud, auszugweise Darstellung oder Inhaltsangabe der neu erlassenen Landesgesetze und -Verordnungen in sachlich geordneter Weise wiedergibt. Die zu Reichsgesetzen erlassenen Ausführungsbestimmungen der Länder werden übersichtlich zusammengefaßt. Die Entwicklung der Landesfinanzen wird durch vergleichende Darstellung ihrer Haushaltspläne und ihrer Ausführung verfolgt. Jedes Heft wird im allgemeinen durch zwei Aufsätze hervorragender Sachkenner eingeleitet, die entweder bestimmte Sachgebiete von gegenwärtiger besonderer Bedeutung rechtsvergleichend zusammenfassen und die unterschiedlichen Lösungen derselben Fragen verdeutlichen, oder infolge der Vielstaatigkeit Deutschlands besonders wichtige Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung erörtern. Grundrisslich werden die Aufsätze von keinem irgendwie parteipolitischen oder auch staatspolitischen Standpunkte ausgehen, denn der Zweck der Zeitschrift ist in keiner Weise politisch. Den Kern jedes Heftes bilden die Berichte unserer ständigen Mitarbeiter in den einzelnen Ländern über die Entwicklung der Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung, der Finanzen und des Steuerwesens der einzelnen deutschen Länder. Die Entwicklung Deutschlands, Österreichs, Danzigs usw. und die mit dieser Entwicklung gegebenen gleichartigen Probleme können innerhalb des Rahmens der Zeitschrift selber nicht behandelt werden. Wohl aber sollen diese Fragen wie auch solche Aufgaben der innerdeutschen Rechtsvergleichung, die durch ihren besonderen Umfang in dem fest begrenzten Rahmen der Zeitschrift nicht ausführlich genug behandelt oder dargestellt werden können, in Sonderheften erörtert werden. Während des ersten Jahrganges der Zeitschrift werden zunächst folgende beiden Sonderhefte erscheinen: „Die österreichische Verfassung, Verwaltung und Finanzen in der Nachkriegszeit unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des Bundes zu den Ländern“ von Dr. Mannlicher, Ministerialrat im österreichischen Bundeskanzleramt und Dr. Pfandler, Ministerialrat im österreichischen Bundesministerium der Finanzen, und als zweites Sonderheft der Zeitschrift eine „Vergleichende Darstellung der gegenwärtigen deutschen Landesverfassungsgebungen“ von Dr. Arnd Jessen. Diese Sonderhefte können von den Dauerbeziehern der Zeitschrift zu einem ermäßigten Preise erworben werden. Die Mitteilung aller die Probleme der Zeitschrift irgendwie berührenden Neuerungen wird durch Besprechung besonders wichtiger, der Schriftleitung zu diesem Zweck eingesandter Werke ergänzt. Die Schriftleitung beschäftigt schließlich, in der Zeitschrift die innerdeutsche Rechtsvergleichung betreffenden Fragen aus dem Leserkreise, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, durch besondere Sachkenner beantworten zu lassen.

Elegante Welt. Das Babelleben in Heringsdorf u. a. Q. schildert das soeben erschienene neueste Heft der „Eleganten Welt“, zugleich bringt es einen reizvoll illustrierten Artikel über Strandbäder. Aber auch die anderen mit künstlerischen Illustrationen geschmückten Artikel über die Thematik „Lebhaftigkeit bleibt Trumpf“, „Für Pelze gibt es keine Jahreszeit“, „Die Frau mit den 100 PS“ und ein festlich geschriebener Theaterausfall dürften das Interesse erwecken. Wie immer ist auch diesmal die „Elegante Welt“ ein unentbehrliches Bademeccum für kulturbetonten Geschmack (Verlag Dr. Giesler u. Co., Berlin).

Die Tuberkulose als Wohnungskrankheit

Wenn früher noch jemand daran gezweifelt hat, daß zwischen der Verbreitung der Volkskrankheit Tuberkulose und den schlechten Wohnungsverhältnissen der Großstädte und der Industriezentren — übrigens auch vieler Industriedörfer —, ein enger Zusammenhang besteht, so haben die Erfahrungen der Kriegszeit den unzweifelhaften Beweis dafür erbracht. Draußen im Felde sind sehr viele Tuberkulosefälle in überraschend kurzer Zeit völlig ausgeheilt, weil infolge der veränderten Lebensweise die Ursachen der Erkrankung und ihrer fortschreitenden Verschlimmerung beseitigt wurden. Auch für die Behandlung der Tuberkulosekranken konnte man aus diesen Erfahrungen so manches Neue lernen, und die Bekämpfung der Lungenseuche hat seit dieser Zeit sehr bedeutende Fortschritte gemacht.

Die Unterbringung der Tuberkulösen wird heute mit Recht als das Zentralproblem der ganzen Tuberkulosebekämpfung angesehen. Jede Heilbehandlung in noch so musterhaft eingerichteten und geleiteten Anstalten oder Heimen muß immer zeitlich begrenzt sein. Wenn dann der Kranke geheilt in seine alten Wohnungsverhältnisse zurückkehrt und bald wieder neue Krankheitskeime in sich aufnimmt, so bedeutet die Heilbehandlung der Tuberkulose eine Sisyphusarbeit, die niemals zu befriedigenden und dauernden Erfolgen führen kann. Mit Recht hat man deshalb auf der Tuberkuloseetage in Salzburg die Wohnungsfürsorge in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt. Wer die Lungenseuche nicht im Einzelfalle, sondern als Volks- und Massenkrankheit wirksam bekämpfen will, muß zunächst einmal an einer Reform des Wohnens der minderbemittelten Volksschichten mitarbeiten, sonst bleibt alle Tuberkulosebekämpfung erfolglos.

Seit der Kriegszeit sind die Zahlen der Tuberkulosekranken in Deutschland schon wieder in beängstigender Weise gestiegen. Enge und schlechte Wohnungen, unhygienische Wohnungsverhältnisse, Überfüllung der an sich brauchbaren Wohnungen sind die Hauptursachen der um sich greifenden Weiterverbreitung der Tuberkulose. Die Berichte der Schulärzte sprechen eine erschütternde Sprache, denn sie zeigen die stärkste Zunahme der Erkrankungen von Kindern; offenbar ein Beweis dafür, daß die heutige Jugend immer weniger den Gefahren zu widerstehen vermag, die unhygienische Wohnungsverhältnisse in den Städten und teilweise auf dem Lande mit sich bringen. Das Wohnungswesen zu mildern war aber bisher unter der Herrschaft der Wohnungs-Zwangsgesetzgebung noch viel schwieriger als früher. Erst jetzt beginnt überhaupt wieder die Möglichkeit, vernünftige Wohnungsfürsorge zu betreiben. Die im Gange befindliche Wohnungszählung wird deutlich zeigen, wieviel größer die Zahl der Wohnungssuchenden ist als die der zur Verfügung stehenden Wohnungen. Aber die Tuberkulösen, die in unzureichenden, unhygienischen, dunklen und elenden Wohnungen hausend, gehören nicht zu den Wohnungssuchenden oder wenigstens im Regelfalle nicht, weil es ihnen ja gar nicht möglich ist, eine bessere, gesunde Wohnung zu bezahen. Hier muß die öffentliche Wohnungsfürsorge einsehen, die die größere und schönere Schwester der Tuberkulosefürsorge ist.

Hoffentlich können recht bald erhebliche öffentliche Mittel zur Beschaffung gesunder Wohnungen für Familien, denen ein tuberkulosekranker Mitglied angehört, zur Verfügung gestellt werden. Mit Recht hat man den Vorschlag, besondere Häuser oder gar ganze Straßen für Tuberkulöse zu bauen, von vornherein abgelehnt. Man würde auf diese Weise nur gefährliche Ansteckungsherde schaffen und außerdem die dort wohnenden Erkrankten und ihre Familien der Gefahr wirtschaftlicher Schädigung aussetzen. Aber hygienische Einzelwohnungen sollten den Tuberkulose-Fürsorgestellten in genügender Anzahl für Tuberkulöse und ihre Familienangehörigen beschafft werden. Dazu ist freilich nötig, daß solche Wohnungen, die den Bedürfnissen der Tuberkulosekranken entsprechen, erst einmal erbaut werden. Ein Teil der öffentlichen Gelder, die jetzt der allgemeinen Wohnungsbeschaffung dienen, könnte ohne weiteres für diesen Sonderzweck bereitgestellt werden. Durch Mietzuschüsse müßten dann die Mietpreise so niedrig gehalten werden, daß auch der minderbemittelte Kranke sie bezahlen kann. Es gibt keine wirksamere Tuberkulosebekämpfung als eine solche großzügige und systematische Wohnungsfürsorge für Tuberkulöse; daß die Aufgaben, die dabei zu lösen sind, schwierig und kostspielig sind, haben sie mit jedem Versuch, brauchbare soziale Hilfsarbeit zu leisten, gemein.

Wegebauabgaben für Kraftfahrzeuge

Die starke Zunahme des Automobilverkehrs hat wesentlich erhöhte Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung der Straßen verursacht. An und für sich ist der Staat natürlich verpflichtet, ein geeignetes und für den Verkehr ausreichendes Wegenetz herzustellen und zu unterhalten. Die Kosten hierfür muß er, wie jede andere notwendige Staatsausgabe, in Gestalt von Steuern von der Allgemeinheit der Bevölkerung erheben. Jede Verkehrs Zunahme fördert und erleichtert Handel und Wandel, bringt also der Allgemeinheit wirtschaftlichen Nutzen. Wenn man einen einzelnen Wegebenutzer zu einer Sonderleistung für die Wegeunterhaltung heranziehen will, so läßt sich das nur dann begründen, wenn dieser Wegebenutzer eine außergewöhnlich starke Abnutzung der Straßen verursacht. Das dürfte im allgemeinen für Kraftautos, Flugmaschinen usw. zweifellos in Frage kommen. Auch bei der Errichtung besonderer Autostraßen ist ohne Frage die Erhebung einer besonderen Abgabe begründet. Der Staat hat sich jedoch in den meisten Ländern auf den Standpunkt gestellt, daß das Automobil im allgemeinen die Straßen stärker abnutzt in jedem Falle erhebliche Mehrkosten für den Bau und für Straßenreparaturen verursacht als alle anderen Fahrzeuge.

Man hat Versuche gemacht, die außerordentliche Abnutzung der Straßen durch das Kraftfahrzeug zahlenmäßig festzustellen. Zu diesem Zwecke sind auf einer Versuchsstrecke des Deutschen Straßenbauverbandes bei Braunschweig Fahrten unternommen worden, durch die ermittelt werden sollte, in welchem Maße das Kraftfahrzeug als Straßenzerschörer anzusehen ist und deshalb gerechterweise zu Sonderleistungen für die Erhaltung des allgemeinen Wegenetzes heranzuziehen ist. Das Ergebnis beweist aber nicht, daß man eine besondere Besteuerung des Kraftfahrzeugs, und nur dieses Verkehrsmittels allein, mit einer erhöhten Wegeabnutzung begründen kann. Wohl aber kann gesagt werden, daß die Zunahme des Automobilverkehrs im allgemeinen den Wegeunterhaltungspflichtigen höhere Kosten auferlegt. Die bisherigen Methoden der Straßenherstellung und -unterhaltung waren allein den Bedürfnissen des Fußverkehrs mit eisernen Rädern angepaßt. Der Automobilverkehr stellt andere Anforderungen und macht daher neue Aufwendungen notwendig.

Der Vertreter der Wegeunterhaltungspflichtigen in Deutschland der Deutsche Landkreistag, beziffert den Gesamtbedarf für die laufende Unterhaltung der Straßen im Deutschen Reich für das Jahr 1927 auf 460 bis 500 Millionen Reichsmark. Die Kraftfahrzeugsteuer dürfte ungefähr 110 Millionen M im gesamten Reich einbringen. Sie deckt also nur ein Viertel der laufenden Unterhaltungskosten der Straßen, ganz abgesehen von dem notwendigen Bau neuer Straßen. Der Reichsverband der Automobilindustrie hat sich demgemäß bereit erklärt, der Aufbringung dieser Summe, also von ungefähr 100 Millionen Mark jährlich aus der Kraftfahrzeugsteuer grundsätzlich zuzustimmen. Er wünscht jedoch eine möglichst gerechte Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer und beantragt ferner, den Begriff der Kraftfahrzeugsteuer in eine Abgabe der Kraftfahrzeuge für die Wegeunterhaltung umzuwandeln, um die Zweckbestimmung dieser Steuer für die Wegeunterhaltung von vornherein klarzustellen und die Zustimmung des Staates dazu herbeizuführen, daß das gesamte Aufkommen aus dieser Abgabe auch wirklich der Wegeunterhaltung zugeführt wird.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Z. Freiburg i. Br., 20. Juli. Der Freiburger Kunstverein kann in diesem Jahre sein hundertjähriges Bestehen feiern. Aus diesem Anlaß plant der Verein, der für das Kunstleben des badischen Oberlandes und der Stadt Freiburg große Bedeutung gewonnen hat, mehrere Ausstellungen. So sollen insbesondere die bedeutendsten Vertreter der oberbadischen Kunst im 19. Jahrhundert gezeigt werden. Man hat den begeisterten Wunsch, daß möglichst viel Werke aus dem Privatbesitz dem Verein zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

D. Z. Lörrach, 19. Juli. Nach mehr als 40jähriger Tätigkeit ist Direktor Heinrich Holzach von der hiesigen Schokoladenfabrik Suchard in den Ruhestand getreten. Am 1. Juli 1876 war er bei der Firma H. Suchard, Schokoladenfabrik in Cerriero bei Neuenburg (Schweiz) eingetreten und verließ seit 1. April 1886 den Posten eines Direktors der Fabrik in Lörrach.

D. Z. Landau, 21. Juli. Der von der deutschen Behörde in den Polizeibüchern ausgeschriebene deutsche Staatsangehörige Mahenisch, der im Frühjahr d. J. bei der Durchreise durch Germersheim von 2 farbigen französischen Soldaten überfallen wurde, die ihn vergewaltigen wollten und dabei fabelhaft züchteten, ist bei seiner Rückkehr aus dem Saargebiet jetzt in Zweibrücken ermittelt und vernommen worden. Er hat bei seiner Vernehmung die Angaben der feinerzeit vernommenen Zeugen über den an ihm begangenen Vergewaltigungsversuch voll inhaltlich bestätigt. Die Ermittlung des Überfallenen ist dadurch erschwert worden, daß er irtümlich unter dem Namen Mahenisch ausgeschrieben wurde, während er in Wirklichkeit Julius Michelisch heißt und daß er sofort nach dem Überfall die Stadt Germersheim verließ, weil er neue Verhaftungen befürchtete. Er leidet heute noch an einer Wundwunde, die er bei der Abwehr seiner Angreifer feinerzeit davontrug, und klagt über starke Rückenschmerzen, die ebenfalls eine Folge des Überfalls sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Juli		21. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.43	168.77	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	112.43	112.65	112.49	112.71
Italien . . . 100 L.	22.88	22.92	22.87	22.91
London . . . 1 Pf.	20.405	20.445	20.414	20.454
Newyork . . . 1 D.	4.2635	4.2115	4.2055	4.2135
Paris . . . 100 Fr.	16.45	16.49	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.09	80.975	81.135
Wien 100 Schilling	59.16	59.28	59.17	59.29
Prag . . . 100 Kr.	12.46	12.48	12.46	12.48

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 19. Juli d. J., beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7566 pence.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Polizeiaffizient Heinrich Köster in Freiburg zum Polizeireferendar, Polizeioberwachmeister Theodor Köcher in Pforzheim zum Polizeikommissar.
Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriewachmeister Georg Odenwald in Riedböhringen, Amt Donauerschlingen.

Verlegt:

Bezirksarzt, Medizinalrat Dr. Hans Gödel in Meßkirch nach Schopfheim.

Justizministerium

Planmäßig ange stellt:

Die Gerichtspolizisterei Gottfried Hauber beim Amtsgericht Wolfach und Rudolf Weinstein beim Amtsgericht Wertheim.

Verlegt:

Justizinspektor Gustav Wunderlich beim Amtsgericht Konstanz zur Staatsanwaltschaft daselbst, Justizassistent Jakob Graf beim Amtsgericht Engen zum Notariat Willingen, die Kanzleiassistenten Konrad Storz beim Amtsgericht Achern zum Notariat Singen a. S. und Franz Grab beim Notariat Bretsch zum Notariat Dorndorf.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Die a. pl. Fachlehrerin Therese Stadler an der Handelsschule in Mastatt zur planmäßigen Fachlehrerin daselbst. Lehrer Franz Werner an der Pöppel-Oberrealschule in Konstanz zum Turnlehrer daselbst.

Verstorben:

Gerichtsoberverwalter Josef Mittelmann beim Amtsgericht Heidelberg.

Operette im Konzerthaus
Morgen Samstag, den 23. Juli 1927, abends 7 1/2 Uhr
Die große Revue-Operette
Die Zirkusprinzessin
Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunner, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und (Teleph.) 7260 zu M. 1.70 bis 6.50. — Sonntag: Wiener Blut.

Oeffentliche Sparkasse Hornberg

(Städtische Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	4 372,37	1. Spareinlagen	468 332,55
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt	58 285,82	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	171 778,23
3. Wertpapiere	27 900,—	3. Andere Schulden	278,81
4. Wechsel	18 946,78	4. Ausgaberrückstände	187,05
5. Darlehen a. Hypotheken	301 738,70	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung	141 037,56	a) Reservefonds	15 202,77
7. Darlehen auf Schuldscheine	65 102,03	b) Aufwertungsstock	31 814,18
8. Darlehen an Gemeinden	55 000,—	6. Reingewinn von 1926	5 599,87
9. Einnahme-Rückstände	9 311,41		
10. Geschäftsfaktoren	2 636,85		
11. Aufwertungsconto	8 861,74		
	693 193,26		693 193,26

Berechnung der Rücklage.
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus RM 640 110,78 Einlagen RM 32 005,50
Sie betrug auf Schluß des Jahres 1925 RM 15 202,77
Neu zugewiesen auf 31. Dez. 1926 (Reingewinn) 5 599,87
Somit weniger RM 11 203,06
Hornberg, den 19. Juli 1927. S. 174

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: K. Imel, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Mangold, Verwalter.

Grundbuchrecht

Sammlung der für die Grundbuchführung wichtigsten Gesetze und Verordnungen des Reichs und Badens

Von Oberregierungsrat Dr. Siefert

Zu dieser Sammlung erscheint in den nächsten Tagen ein

Nachtrag

durch den die Sammlung auf den neuesten Stand gebracht wird. Der Nachtrag enthält u. a. auch das Grunderwerbsteuergesetz in neuester Fassung und das Gesetz über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden sowie über Vorzugsrenten mit kurzen Erläuterungen

Der Nachtrag kann allein oder mit dem Hauptwerk verbunden bezogen werden

Badischer Kommunalverlag

G. m. b. H. Karlsruhe, Karlriedrichstraße 14

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Leser Bücher Wissen zu Macht!

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunft

Argus "Mannheim O. 6. 6. 2" Planen Telefon-Nr. 25505 R. Maier & Co., G. m. b. H.

Güterrechtsregister.

Nabr. S. 172
Güterrechtsregister Band III Seite 54: Hans Bettinger, Gastwirt in Rahr und dessen Ehefrau Rosa geb. Wed in Rahr Ehevertrag vom 2. Juli 1927 Erzungenschaftsgemeinschaft.
Nabr. den 13. Juli 1927. Amtsgericht.

Bereinsregister.

Pfullendorf. S. 175
Bereins-Register Nr. 2: „Schiffengesellschaft Pfullendorf“. In der Generalversammlung vom 4. Februar 1927 wurde Anton Haug, Gerichtsverwalter in Pfullendorf zum Vorstand und Felix Hafner, Lokomotivführer in Pfullendorf zum Vorstand-Stellvertreter gewählt. Pfullendorf, 9. Juli 1927. Nab. Amtsgericht.